

Beschluss Kapitel 2: Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
 Beschlussdatum: 21.01.2023
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 Berlin funktioniert nur zusammen. In Zeiten von sich gegenseitig überlappenden Krisen und
 2 extremen Unsicherheiten dürfen wir Menschen nicht gegeneinander ausspielen und niemanden
 3 zurücklassen. Die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine verdeutlichen unsere
 4 Abhängigkeit von fossiler Energie und sorgen für eine extreme Inflation mit massiven
 5 Preissteigerungen. In den letzten Jahren hat die Corona-Pandemie bereits viele Menschen an
 6 den Rand der wirtschaftlichen Existenz gebracht und Armut weit in die Gesellschaft getragen.
 7 Viele Berliner*innen müssen nun noch kürzertreten und zu viele wissen nicht, wie sie über
 8 den Monat kommen sollen. Armut war bereits vor der Inflation eine große Herausforderung in
 9 Berlin und hat sich in den letzten Monaten massiv verschärft. Kinderarmut, Altersarmut und
 10 Energiearmut sorgen für Schlangen bei den Tafeln. Auch die Situation obdachloser Menschen
 11 hat sich verschärft. Von Armut betroffen sein, macht krank und verhindert gleichberechtigte
 12 Teilhabe in der Gesellschaft. Gerade Alleinerziehende, Schwarze Menschen, People of Color,
 13 Kinder, ältere Menschen, prekär Beschäftigte, Soloselbstständige, Erwerbssuchende, Menschen
 14 mit Behinderung und geflüchtete Menschen sind von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung
 15 betroffen.

16
 17 Die Wohnungsnot in Berlin verschärft die Situation von Armut betroffener Menschen. Auch
 18 soziale Träger verlieren bezahlbare Räumlichkeiten. Wir kämpfen für ein Berlin, das
 19 niemanden zurücklässt, in dem von Armut Betroffene Hilfe bekommen, um diese zu überwinden,
 20 in dem alle sicher und bezahlbar wohnen, sich gesund ernähren, gleichberechtigt teilhaben
 21 und ihren Platz in der Gesellschaft finden können. Der Kampf gegen Armut hat für uns höchste
 22 Priorität.

23
 24 **Wohnen ist keine Ware – Gemeinwohlverpflichtung für Wohnraum durchsetzen!**

25 Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben geschneit,
 26 auch weil in einer Situation der Wohnungsknappheit und fehlender alternativer
 27 Anlagemöglichkeiten hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist.
 28 Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt nach Wiener Vorbild, bei
 29 dem mindestens 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden. Dafür
 30 wollen wir ein breites Bündnis schließen – von den landeseigenen Wohnungsunternehmen über
 31 gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Stiftungen und Hausprojekte bis zu
 32 Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das
 33 Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten.
 34 Geschäftsmodelle, die auf schnelle, überhöhte Renditen setzen oder mit Wohnraum spekulieren,
 35 lehnen wir ab. Die Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die
 36 Füße gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir
 37 Verantwortung tragen. Wir haben den sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht
 38 genutzt, eine Genossenschaftsförderung erkämpft und den Mietendeckel eingeführt. Jetzt
 39 nachdem klar ist, dass wir auf Landesebene nicht die Zuständigkeit für einen Mietendeckel
 40 haben, werden wir alles tun, um dennoch die Berliner Mieter*innen zu schützen: Wir bauen
 41 Berlin weiter gemeinwohlorientiert und nachhaltig um. Wir erwerben die Stadt Stück für Stück
 42 zurück, um die Gemeinwohlorientierung zum zentralen Merkmal des Berliner Mietenmarktes zu
 43 machen. Wir bauen ein Miet- und Wohnungskataster auf, um mehr Transparenz auf den
 44 Wohnungsmarkt zu erreichen. Doch jetzt ist auch klar: Die Bundesregierung und der Bundestag

45 stehen nun in der Pflicht, den Ländern und Kommunen Möglichkeiten an die Hand zu geben, die
46 Mieten selbst zu regulieren und auch zu deckeln und das Vorkaufsrecht wieder nutzen zu
47 können. Zudem wollen wir bei den Landeseigenen Wohnungsunternehmen den Mietendeckel
48 gesetzlich verankern.

49 Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören

50 Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte geschafft. Das
51 kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes kostenloses
52 Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder aus
53 Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben
54 den Landesmindestlohn auf 13 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und
55 Freischaffende eingezogen. Auch auf Bundesebene konnten wir eine deutliche Anhebung des
56 Mindestlohnes erreichen. Wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
57 garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere Einkommen haben.
58 Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung.

59
60 In der Bundesregierung tragen wir Verantwortung, dass Deutschland gut durch diese Krise
61 kommt. Um die Energiepreise bezahlbar zu halten haben wir eine Gas- und Strompreisbremse
62 eingeführt - und wir adressieren Menschen in schwierigen Lagen ganz gezielt. Mit der
63 Wohngeldreform weiten wir den Kreis der Berechtigten massiv aus, die Kindergelderhöhung auf
64 250 Euro für jedes Kind hilft vor allem Familien mit weniger Geld. Mit dem Bürgergeld haben
65 wir große Verbesserungen für Menschen in der Grundsicherung erreicht und den Regelsatz um
66 gut 50 Euro pro Monat angehoben. Und für Haushalte, Unternehmen oder Einrichtungen, die
67 besonders hart von den hohen Energiepreisen betroffen sind, haben wir Härtefall-Regelungen
68 geschaffen. So helfen wir zum Beispiel gezielt Mieter*innen sowie sozialen oder kulturellen
69 Einrichtungen.

70
71 Um die Berliner*innen in dieser schweren Zeit nicht allein zu lassen, haben wir auf
72 Landesebene ein Entlastungspaket im Umfang von 3 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Damit
73 unterstützen wir den Ausbau erneuerbarer Energien, entlasten mit dem 9-Euro Sozialticket
74 sowie dem 29 Euro Ticket die Berliner*innen und leisten damit gleichzeitig einen Beitrag für
75 die Verkehrswende und für mehr Klimaschutz. Ebenso haben wir im Umfang von 30 Millionen Euro
76 einen Härtefallfonds gegen Energieschulden aufgelegt, um betroffene Berliner*innen bei ihren
77 Strom-, Gas- und Heizkosten zu unterstützen. Den Härtefallfond und günstige Mobilität wollen
78 wir dauerhaft zur Bekämpfung von Armut etablieren. Und wir unterstützen kleine und
79 mittelständische Unternehmen bei der Transformation. Das erhält Arbeitsplätze und sichert
80 das Einkommen vieler Berliner*innen.

81
82 Mit dem Kündigungsmoratorium für die 350.000 Wohnungen von landeseigenen
83 Wohnungsbaugesellschaften sowie den Wohnungen des Studierendenwerks Berlin bieten wir
84 Mieter*innen bis Ende 2023 einen zusätzlichen Schutz. Wir unterstützen die sozialen Träger
85 und Vereine unserer Stadt bei den steigenden Energiekosten mit 130 Millionen Euro und wir
86 haben ein Landesprogramm zur Energieberatung mit unserer Bürgermeisterin Bettina Jarasch
87 aufgelegt. Damit stärken wir die Energieberatungen sowie die Energieschuldnerberatungen in
88 Berlin.

89
90 Wir haben dafür gesorgt, dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der
91 Unterkunft verlässlich übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir
92 haben damit begonnen, das Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen,
93 die ihnen zustehen, auch tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser
94 Stelle Vorreiter. Der Weg zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit

95 angehören, ist aber noch weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und
96 Sozialleistungen auf Bundesebene endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu
97 beenden. Solange das nicht passiert ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für
98 Überblick sorgen. Dazu wollen wir mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege
99 der Umsetzung aus allen Bezirken in alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken
100 vor Ort im sozialen Umfeld Unterstützung leisten. Wir gehen den Kampf gegen Armut
101 ganzheitlich an. Denn gute frühkindliche Bildung, gute Kitas und Schulen, bezahlbarer
102 Wohnraum, gute Arbeit, ein durchlässiges Bildungssystem, der Kampf gegen Ausgrenzung und
103 Diskriminierung, all das ist entscheidend, um Armut wirklich zu bekämpfen. Initiativen in
104 all diesen Bereichen werden wir aktiv unterstützen.

105 Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge

106 Für Gesundheit ist nicht alleine die Gesundheitspolitik verantwortlich, sondern jeder
107 einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
108 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei Fragen der Mobilität bzw. der Verkehrswende,
109 bei der Ernährungswende, in der Wirtschafts- und Arbeitspolitik, im Bildungsbereich, in der
110 Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik, beim Klimaschutz oder in der Stadtentwicklung.
111 Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit, unabhängig vom Geldbeutel, unser Ziel.
112 Gesundheit bedeutet für uns körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe
113 und Selbstbestimmung. Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems
114 aufgezeigt: Statt in gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst
115 (ÖGD) über Jahrzehnte kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns
116 gehören gute Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der
117 Profitmaximierung dienen. Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser
118 ausgestattet und wir wollen diesen Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den
119 ÖGD attraktiver machen und für mehr Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte,
120 im Kiez vernetzte Versorgungsangebote zu entwickeln. Wir haben die Investitionspauschale für
121 die Berliner Krankenhäuser erhöht, zusätzliches Geld für Digitalisierung zur Verfügung
122 gestellt und wollen bei der Krankenhausplanung einen besonderen Fokus auf hohe Qualität und
123 bedarfsgerechte Strukturen legen. Die Vielfalt der Krankenhausversorgung in Berlin ist und
124 bleibt ein bündnisgrünes Anliegen. Wir wollen allen Berliner*innen bestmögliche Versorgung
125 bieten und setzen uns nachhaltig auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den
126 Bezirken ein – insbesondere auch bei den niedergelassenen Fachärzt*innen. Neben einer
127 besseren Verteilung wollen wir eine besser vernetzte und aufeinander abgestimmte
128 Angebotsvielfalt erreichen; dazu müssen wir das Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V)
129 stärken und erweitern.

130 Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik gemacht, sondern
131 jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
132 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei der Ernährungswende, der Verkehrswende, im
133 Bildungsbereich, in der Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik oder in der
134 Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit unser Ziel. Wir wollen
135 erreichen, dass alle Berliner*innen, unabhängig vom Geldbeutel, die gleichen
136 gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für uns körperliches,
137 psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.

138 Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der ambulanten Pflege,
139 in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass Pflegekräfte unter
140 schlechten Bedingungen für viel zu viele Patient*innen Verantwortung übernehmen müssen.
141 Darum haben wir gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren
142 intensiv an Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids
143 „Gesunde Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen

144 Personalschlüsseln die Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Diese Personalschlüssel
145 sollen an dem ermittelten Behandlungsbedarf orientiert sein und in allen Settings und
146 Fachbereichen gelten. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege- und Wohnformen im Alter fördern,
147 um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dafür möchten wir
148 parallel zu ambulanten Facharztpraxen auch ambulante pflegerische Angebote mehr
149 unterstützen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene
150 für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich dem Elterngeld, ein. Im Bund
151 unterstützen wir außerdem eine umfassende Reform der Pflegeversicherung. Wir halten an dem
152 Konzept der grünen Bürger*innenversicherung fest, um langfristig mehr Gerechtigkeit und
153 Solidarität in der Versorgung herzustellen.

154 Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegelungen für Beamt*innen verändert, so
155 dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen wir
156 bundesweit umsetzen.

157 Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen

158 Berlin wird zur barrierefreien Stadt. Damit ermöglichen wir es behinderten und älteren
159 Menschen sowie Familien mit kleinen Kindern, die Stadt in ihrer ganzen Vielfalt zu nutzen
160 und mitzugestalten. Da ältere Menschen noch lange fit sind und aktiver Teil der Gesellschaft
161 bleiben wollen, wird die Zahl der Menschen, die auf eine Stadt ohne Hindernisse angewiesen
162 sind, immer größer. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in Verwaltungsgebäuden.
163 Deswegen machen wir uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten, längere
164 Ampelschaltungen, eine barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung von
165 Veranstaltungen in Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne
166 Behinderung, gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance
167 bekommen, Teil des ersten Arbeitsmarktes zu werden.

168 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege für Menschen
169 zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut, sorgen dafür,
170 dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben, und bauen Hürden im Alltag ab. Deshalb
171 wird die Politik für eine inklusive Stadtgesellschaft noch stärker als bisher unter
172 Beteiligung der Expert*innen in eigener Sache gestaltet. Dazu stärken wir die Rollen von
173 Landesbeirat und Landesbeauftragter für behinderte Menschen sowie der bei den
174 Senatsverwaltungen bestehenden Arbeitsgruppen. Darüber hinaus beziehen wir Organisationen
175 behinderter Menschen und Angehörigenvereine stärker in die Politik ein und unterstützen das
176 Berliner Behindertenparlament.

177 2.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und sozial

178 Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik eingeläutet,
179 um der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu gebieten. Unser
180 Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert umzubauen, indem wir den
181 Anteil von Wohnungen in der Hand nicht renditeorientierter Akteur*innen weiterhin konsequent
182 erhöhen. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ wollen wir mindestens 50 Prozent
183 aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte Hand bringen. Die Verpflichtung auf das
184 Gemeinwohl gilt für alle Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt. Fördern wollen wir aber
185 insbesondere diejenigen, die Wohnraum der Spekulation entziehen, bezahlbare Wohnungen für
186 alle gesellschaftlichen Schichten bereitstellen und bei Mietgestaltung und Belegung soziale
187 Kriterien anwenden. Dazu zählen die landeseigenen Wohnungsunternehmen, gemeinwohlorientierte
188 Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen, Stiftungen und Hausprojekte sowie
189 Privatvermietende, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das
190 Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten. Wir
191 schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen, die ihr Wohnschicksal in die eigenen Hände

192 nehmen, wenn sie sich sozialen und ökologischen Kriterien verpflichtet fühlen. Dafür
193 brauchen wir auch weiterhin einen breiten Maßnahmenmix. Wir setzen uns auch auf Bundesebene
194 für die Einführung der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit (NWG) ein, um dauerhaft bezahlbaren
195 Wohnraum zu schaffen – und nicht nur für 20 oder 30 Jahre wie bisher. Dazu ist es auch
196 nötig, die Berliner Finanzierung von Sozialbindungen beim Wohnen deutlich aufzustocken. In
197 den vergangenen Jahren haben wir den Neubau bedarfsgerechter gefördert und stärker auf das
198 Gemeinwohl ausgerichtet. Es war richtig, gleichzeitig zu versuchen mit dem Mietendeckel Ruhe
199 in den überhitzten Markt des Mietwohnungsbestandes zu bringen und Mietpreise zu
200 stabilisieren. Damit haben wir versucht, politisch Einfluss auf die Entwicklung der Mieten
201 zu nehmen, dafür haben wir juristisches Neuland betreten. Nachdem dieser Versuch gescheitert
202 ist, werden wir nicht aufgeben, sondern weiter alles tun, um Wucher zu stoppen, trotz
203 teilweise heftigen Gegenwindes. In den kommenden Jahren streiten wir weiter für einen
204 gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt für Berlin. Dazu gehört für uns auch die
205 Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude stoßen 40 Prozent des CO₂ in der Stadt aus,
206 also sind energetische Modernisierung und die Bauwende eine zentrale Zukunftsaufgabe, um
207 Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verbinden soziale Gerechtigkeit und
208 Klimaschutz.

209 Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und ökologisch

210 Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung Platz haben.
211 Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer*innen – von Genossenschaften über
212 landeseigene Wohnungsunternehmen bis zu Baugruppen und auch kleinen privaten
213 Eigentümer*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr niedrigpreisige Wohnungen. Bei fortdauernd
214 hohem Bevölkerungszuwachs streben wir den Bau von jährlich 20.000 überwiegend
215 sozialverträglichen Wohnungen an. Wir wollen vielfältige und lebendige Quartiere, gut
216 erschlossen für nachhaltige Mobilität, mit guten Schulen und Kitas, Handel und Gewerbe,
217 Spiel, Erholung und viel Grün. Das Bauen muss endlich klimaneutral werden. Neubauten im
218 Hochpreissegment sollen vermieden werden, weil das weite Teile der Bevölkerung ausschließt.
219 Wir setzen dabei auf intelligente Nachverdichtung und Geschosswohnungen statt auf
220 Eigenheimsiedlungen. Zur Förderung des gemeinwohlorientierten Neubaus wollen wir einen
221 dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus Darlehen
222 direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Förderung des sozialen
223 Wohnungsbaus ermöglicht. Wir wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten,
224 dass eine besonders hohe Förderung in dauerhaft sozialgebundene und möglichst CO₂-neutral
225 errichtete Wohnungen fließt. Gemeinschaftliche und sozial integrative Wohnformen wollen wir
226 ebenso fördern.

227 Wir wollen den großen Mangel an Sozialwohnungen zügig abbauen und dafür alle notwendigen
228 Maßnahmen ergreifen. Ein wichtiger Schlüssel dafür sind die landeseigenen Flächen und
229 landeseigene Wohnungsunternehmen. Dazu wollen wir über die bisherigen Quoten für den Anteil
230 geförderter Wohnungen dort, wo es an preiswertem Wohnraum mangelt, deutlich hinausgehen.
231 Zusätzlich erhöhen wir das zweite Fördersegment – für eine soziale Mischung in den
232 Quartieren. Die Genossenschaftsförderung – für Neubauten wie Bestandsankauf – wollen wir
233 deutlich erhöhen. Wir sorgen für faire Förderkonditionen und öffnen die Förderung auch für
234 Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat. Linke Freiräume und queer-feministische Hausprojekte
235 sind wichtige Schutzräume und emanzipatorische Orte, die wir erhalten wollen. Doch immer
236 mehr sind sie von Verdrängung bedroht. Wir stellen uns diesem Trend entgegen und werden
237 Lösungen suchen, damit sie bleiben können. Ist eine Räumung nicht zu verhindern, ist es die
238 Aufgabe des Landes Berlin, geeignete alternative Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.
239 Außerdem wollen wir die Förderung so ausbauen oder Bürgschaften anbieten, damit auch
240 Haushalte in Transferbezug Genossenschaftsanteile zeichnen können.

241 Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläuten. Deshalb muss das,
242 was wir heute bauen, klimafreundlich sein. Wir setzen uns deshalb für KfW-40-Standard beim
243 Neubau und KfW-55-Standard im Bestand ein, damit Gebäude Energie möglichst effizient nutzen.
244 Wir wollen klimafreundliche Neubauten und Modernisierung mit ökologischen Dämm- und
245 Baustoffen, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Ziegel oder Baumaterial-Recycling. Schon heute
246 entsteht das größte Holzhochhaus Europas in Berlin. Diesen Weg müssen wir konsequent
247 weitergehen und wegkommen von Beton und Stahl. Denn diese Baustoffe sind klimaschädlich und
248 verbrauchen viel zu viele Ressourcen. Sie sollen nur noch dort zum Einsatz kommen, wo wir
249 wirklich darauf angewiesen sind. Die Forschung an Recyclingbeton wollen wir ausbauen. Bei
250 energetischen Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die
251 Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues, faires System
252 zu ersetzen. Die Kosten müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist,
253 muss auch die Umlage enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir
254 zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair verteilen.
255 Dabei dürfen nur noch energetisch sinnvolle und der Barrierefreiheit dienende Maßnahmen
256 umgelegt werden, die insgesamt zu höchstmöglicher Effizienz führen müssen. Durch eine
257 energetische Sanierung schützen Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer Immobilien und
258 profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel ist es, dass die höhere Kaltmiete durch
259 Energiekosteneinsparung aufgewogen wird, so dass die Warmmiete nicht steigt.
260 Einkommensschwache Mieter*innen werden zudem besonders berücksichtigt. Die öffentliche Hand
261 leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen wichtigen Beitrag, um Berlin auf den
262 1,5-Grad-Pfad zu bringen, und baut so die finanzielle Unterstützung zur energetischen
263 Sanierung erheblich aus. Gerade im Bausektor wollen wir die Kreislaufwirtschaft umsetzen und
264 modulares Bauen sowie flexible Grundrisse fördern.

265 Wir wollen Eigentümer*innen bei der Erstellung von Konzepten und Fahrplänen für eine
266 mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser neben der
267 Förderung auch eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die Bauinformationszentren
268 des Landes Berlin anbieten. Um die energetische Modernisierung auch unabhängig von
269 begrenzten Handlungs- und Finanzierungsspielräumen einzelner Eigentümer*innen
270 voranzubringen, setzen wir sowohl auf Einspar-Contracting als auch auf energetische Block-
271 und Quartierskonzepte. Klimaschutz gibt es nicht umsonst, daher wird der Staat – und damit
272 auch Berlin – hierfür, auch im Sinne des oben beschriebenen Drittelmodells und einer
273 sozialen Abfederung, deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen müssen. (Zu Fragen der
274 Stadtentwicklung und des ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

275 Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen, wollen wir
276 aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und Entwicklungsmaßnahmen
277 nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das Berliner
278 Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass auf privaten Flächen
279 mindestens 50 Prozent der Wohnungen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen
280 gebaut werden und dauerhaft sozialgebunden sind. Wir wollen auch alle weiteren Möglichkeiten
281 nutzen, um Baurecht an die dauerhafte Gemeinwohlbindung eines möglichst hohen Anteils des
282 Neubaus zu knüpfen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung der Neuen
283 Wohngemeinnützigkeit (NWG) ein. So können wir auch in Berlin dauerhaft gebundene bezahlbare
284 Wohnungen schaffen.

285 Den Wohnungsmarkt besser regulieren – bezahlbare Mieten sichern

286 Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des Zweckentfremdungsverbotes und
287 der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte gegangen, um
288 Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die Lage zu
289 versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Dafür wollen wir die Wohnungsaufsicht

290 schlagkräftig machen und endlich mit der Bauaufsicht verbinden. Abrisse von Wohnraum sollten
291 konsequent untersagt, spekulativer Leerstand soll durch das Instrument der Treuhänder*in und
292 durch Beschlagnahmung abgestellt und wieder Wohnzwecken zugeführt werden. Darüber hinaus
293 prüfen wir die Schaffung eines Landesamtes für Wohnungswesen, um die Verwaltung bei der
294 Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu unterstützen. Um mehr Transparenz auf dem
295 Immobilienmarkt zu schaffen und um die Vollzugsdefizite beim Wohnraumschutz zu beseitigen,
296 bauen wir ein Berliner Miet- und Wohnungskataster auf. Damit werden alle Miethöhen, die
297 Ausstattung und energetische Qualität der Wohnungen sowie die Eigentumsverhältnisse digital
298 erfasst und transparent gemacht. Durch dieses Instrument können wir, auch nach dem Scheitern
299 des jetzigen Mietendeckels, Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt schneller feststellen
300 und den Schutz der Mieter*innen besser sichern. Wir fühlen uns dem Grundsatz verpflichtet,
301 dass Mieter*innen grundsätzlich nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für ihre
302 Miete ausgeben sollten. Dafür bedarf es aber endlich mutiger Reformen auf Bundesebene.
303 Sollten diese nicht kommen, werden wir auch im Anschluss an den aktuellen Mietendeckel alle
304 Maßnahmen ergreifen, um den Mietenanstieg in der Stadt auch zukünftig zu begrenzen. Wir
305 werden alle Möglichkeiten der Landeskompetenz für das Wohnungswesen nutzen, um eine soziale
306 Wohnraumversorgung zu gewährleisten. Ziel ist, in Berlin dauerhaft bezahlbare Mieten zu
307 sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass Gewerbemieten und Immobilienkaufpreise nicht
308 durch die Decke gehen. Auf Landesebene werden wir in der nächsten Wahlperiode versuchen,
309 einen Gewerbemietendeckel zu entwickeln.

310 Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sind zentral für die soziale Wohnraumversorgung in
311 Berlin und stehen besonders in der Pflicht, ausreichend Sozialwohnungen und bezahlbaren
312 Wohnraum für breite Schichten zur Verfügung zu stellen. Darum entwickeln wir das
313 Wohnraumversorgungsgesetz und die Kooperationsvereinbarung mit den landeseigenen
314 Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Die AöR „Wohnraumversorgung

315 Berlin“, die aus dem Berliner Mietenvolksentscheid hervorgegangen ist, wollen wir in die
316 Lage versetzen, die Vermietungspraxis stärker zu kontrollieren und eine Ombudsstelle als
317 unabhängige Mieter*innen-Beschwerdestelle einzurichten. Auch die Mieterräte sowie
318 Mieterbeiräte und selbstverwalteten Hausprojekte sollen in ihren Rechten gestärkt werden.
319 Wir sind der Überzeugung, dass landeseigene Wohnungsunternehmen als Anstalt öffentlichen
320 Rechts organisiert sein sollen. Beim landeseigenen Berlinovo-Konzern fordern wir eine
321 tiefgreifende Strukturreform, damit dessen Wohnungen wie die der landeseigenen
322 Wohnungsunternehmen bewirtschaftet und vermietet werden. Um Diskriminierungen auf dem
323 Wohnungsmarkt zu verhindern, wollen wir die Landeseigenen Wohnungsunternehmen in die Pflicht
324 nehmen und Mitarbeiter*innen schulen. Um die Mieter*innen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu
325 unterstützen, haben wir in jedem Bezirk kostenfreie Mieter*innenberatungsstellen
326 eingerichtet bzw. ausgebaut. Das wollen wir fortsetzen. Um mieten- und stadtpolitische
327 Initiativen zu unterstützen und um der Mieter*innenbewegung größeres Gehör in der
328 Landespolitik zu verschaffen, haben wir die Gründung des „Initiativenforums Stadtpolitik“
329 mit vorangetrieben, das wir ausbauen wollen.

330 Bei den ca. 90.000 Wohnungen des „alten“ sozialen Wohnungsbaus senken wir die künstlich
331 überhöhten Kostenmieten, indem wir diese um fiktive Kosten „Entschuldungsgewinne“ sowie
332 sonstige dubiose Extra-Renditen bereinigen. Hierfür unverzichtbar ist auch eine wirksame
333 Kontrolle bei der Mietberechnung.

334 Eigentum verpflichtet. Wir wollen mit einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob neue finanzielle
335 Instrumente – wie beispielsweise die Weiterentwicklung der Grundsteuer in Richtung einer
336 Bodenwertsteuer mit Bezugnahme auf Bodennutzung und Flächenversiegelung – die Erreichung
337 unserer bodenpolitischen Ziele unterstützen können. Dabei setzen wir uns auf Bundesebene
338 weiterhin für ein Verbot der Abwälzung von Grundsteuern auf Mieter*innen ein.

339 Die Grunderwerbsteuer wollen wir progressiv ausgestalten: Wenn Wohnungskonzerne große
340 Immobilienbestände aufkaufen, soll eine höhere Grunderwerbsteuer fällig werden, als wenn
341 Privatpersonen ein Wohneigentum erwerben. Wir wollen das Steuerschlupfloch Share-Deals, mit
342 dem die Grunderwerbsteuer umgangen wird, schließen.

343 Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne Eigentumswohnungen ist ein
344 wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Hinzu kommen Eigenbedarfskündigungen, gegen
345 die sich betroffene Mieter*innen kaum wehren können. Wir wollen, dass der Bund den Ländern
346 durch die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miet- in
347 Eigentumswohnungen stadtweit und konsequent zu unterbinden und die Bildung von Wohneigentum
348 im Geschosswohnungsbau auf Neubauinvestitionen zu begrenzen. Zudem werden wir weitere
349 landespolitische Maßnahmen zum Schutz vor Eigenbedarfskündigungen prüfen.

350 Die Stadt zurückerwerben

351 Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung wiederbelebt: Durch das
352 Vorkaufsrecht verpflichten wir in den Milieuschutzgebieten potentielle Käufer*innen mit
353 Abwendungsvereinbarungen dazu, soziale Bindungen für mindestens 20 Jahre einzugehen, oder
354 veranlassen den Aufkauf der fraglichen Wohngebäude durch landeseigene Wohnungsunternehmen
355 oder Genossenschaften. Seit 2016 haben wir die Zahl der Milieuschutzgebiete mehr als
356 verdoppelt. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Auch den gezielten Ankauf bzw. die
357 Rekommunalisierung von Sozialwohnungen treiben wir weiter voran. Mit Genossenschaften,
358 Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
359 Kooperationsvereinbarung schließen. Hierzu prüfen wir eine Ankaufagentur, die gezielte An-
360 und Vorkäufe strategisch koordiniert und alle relevanten Akteure vernetzt. Um die
361 Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu fördern,
362 eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf
363 Bundesebene darauf, einen rechtlich bindenden Gewerbemietpiegel und einen wirksamen
364 Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemiet*innen
365 einführen, um lokales und kleinteiliges Gewerbe zu erhalten. Die landeseigenen
366 Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig anbieten, um vor Ort den
367 Gewerbetreibenden Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen sind.

368
369 Wir nehmen das Votum bei der Abstimmung über den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & und Co.
370 enteignen“ sehr ernst und arbeiten weiter an der Umsetzung. 59,1 Prozent der Berliner
371 Wähler*innen haben den Volksentscheid unterstützt. Dem im Grundgesetz festgeschriebenen
372 Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ muss auch im Bereich Wohnen und Boden Geltung verschafft
373 werden. Für uns bleibt zentral, dass die Mieter*innen geschützt, Spekulationen Einhalt
374 geboten und der gemeinwohlorientierte Wohnungsbestand erhöht wird.

375
376 Die rot-grün-rote Koalition hat im Frühjahr 2022 eine Expert*innenkommission eingesetzt, die
377 innerhalb eines Jahres das „Ob“, aber vor allem auch das „Wie“ eines Gesetzes prüfen und
378 Vorschläge erarbeiten soll. Wir erwarten von der Kommission, dass sie Eckpunkte eines
379 Gesetzes vorlegt, die einen verfassungsrechtlich sicheren Weg aufzeigen, aber auch, dass sie
380 finanzrechtliche und immobilienwirtschaftliche Fragen klärt. Wir wünschen uns zudem, dass
381 sie hinsichtlich der Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit neben quantitativen auch
382 qualitative Kriterien prüft. Da der Artikel 15 im Grundgesetz noch nie praktisch angewandt
383 wurde, ist es umso wichtiger, eine verfassungskonforme Ausgestaltung des Gesetzes zeitnah zu
384 erarbeiten.

385
386 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und
387 agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die
388 Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen

389 zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern ihrer sozialen Verantwortung
390 nachzukommen, wird die öffentliche Hand, durch den erfolgreichen Volksentscheid gestützt,
391 die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt durch die Vergesellschaftung entschärfen.
392 Das Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen hat bisher zu keiner nachhaltigen
393 Entlastung auf dem Wohnungsmarkt geführt.

394 Aktive, transparente und faire Bodenpolitik

395 Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten Umgang mit
396 öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein transparentes
397 Flächenmanagement mithilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen. Seinen Boden
398 soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine Erbbaurechtsstrategie
399 implementieren, die zügige Konzeptverfahren zu sozialverträglichen Konditionen ermöglicht.
400 Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen wir in einem
401 Bodensicherungsgesetz festschreiben. Wir wollen eine Koordinierungsstelle im Sinne einer
402 „Taskforce“ einrichten, die für bedrohte soziokulturelle Projekte und Nutzungen Lösungen
403 finden soll. Außerdem wollen wir den zivilgesellschaftlich organisierten Runden Tisch
404 Liegenschaftspolitik in seinen Kompetenzen weiter stärken.

405 Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung begonnen hat,
406 wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten Landesgesellschaft
407 „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Zur Baulandmobilisierung in den im
408 Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen) vorgesehenen Quartiersschwerpunkten soll Berlin
409 möglichst viele Grundstücke erwerben. Dafür sollen auch Vorkaufsrechte und das Instrument
410 der Entwicklungsmaßnahme aktiv eingesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir die Gründung
411 einer genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen und die bürger*innenschaftliche und
412 gemeinnützige Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land Trusts stärken. Ein
413 zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts sind
414 die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer Immobilie berechnet.
415 Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen. Wir
416 wollen, dass der nachhaltige Ertrag herangezogen wird, um den Wert einer Immobilie zu
417 bestimmen, und nicht die höchstmögliche Verwertung. Wir wollen alles tun, um Zwangsräumungen
418 zu verhindern und ihre Zahl in Berlin drastisch zu senken. Die landeseigenen
419 Wohnungsunternehmen gehen hier meist mit gutem Beispiel voran und sind verpflichtet,
420 adäquaten Ersatzwohnraum anzubieten. Dieses Ziel verfolgen wir auch für den freien
421 Wohnungsmarkt und setzen uns auf der Bundesebene für eine entsprechende Regelung ein. Mit
422 dem Härtefallfond haben wir dafür gesorgt, dass niemand unverschuldet von Strom- und
423 Gassperren betroffen wird und es zu keinen kalten Zwangsräumungen in Berlin kommen wird.
424 Eventuelle Lücken des Bundes, die Gas- oder Strompreisdeckel lassen, werden wir in Berlin
425 schließen.

426 2.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven schaffen

427
428 Fast jede*r fünfte Berliner*in ist armutsgefährdet. Die aktuelle Inflation und die
429 Energiekrise verschärfen diese Situation. Besonders betroffen sind Frauen, ältere Menschen,
430 Alleinerziehende, Familien mit vielen Kindern, migrantisierte Menschen, Eingewanderte und
431 Geflüchtete, Kinder und Jugendliche, erwerbslose Menschen, oder Menschen mit geringen
432 Einkommen. Wir wollen allen von Armut bedrohten Menschen soziale Sicherheit garantieren und
433 ihnen eine Perspektive geben.

434
435 Vor allem braucht es weiterhin schnelle und möglichst unbürokratische Hilfen. Seit Beginn
436 des Krieges gegen die Ukraine setzen wir uns für zielgenaue und gerechte Entlastungen ein
437 und intensivieren sie in diesem Winter. Schon jetzt konnten Bündnisgrüne in Verantwortung

438 dafür sorgen, dass spezifische Hilfen für Familien, Studierende und Rentner*innen geleistet,
439 sowie Strom- und Gaspreise gedämpft werden, Heizkostenzuschüsse fließen, das Wohngeld steigt
440 und das neue Bürgergeld kommt. In Berlin verstärken wir durch den letzten Nachtragshaushalt
441 die Wirkung der Bundeshilfen für alle Berliner*innen, die Wirtschaft der Stadt und unsere
442 gemeinsame Infrastruktur mit dem 29 und 9 Euro Ticket, einem Mietenstopp bei den
443 landeseigenen Wohnungsunternehmen, sowie erweiterten Wirtschafts- und Energiehilfen.

444
445 Gemeinsam mit unserer Bundespartei werden wir darauf hinwirken, dass die Entlastungen noch
446 deutlich stärker als bisher vor allem bei denen ankommen, die sie am dringendsten benötigen.
447 Das heißt für uns: Garantiesicherungen in allen Lebenslagen, eine Kindergrundsicherung, eine
448 Garantierente und ein soziales Bürgergeld. Wir folgen auch den Empfehlungen des
449 Jahresberichts der Wirtschaftsweisen und setzen uns dafür ein, dass wirtschaftlich starke
450 Schultern mehr Verantwortung tragen müssen.

451
452 Bei der Umsetzung der bisherigen Vorgaben haben wir in Berlin bereits neue Weichen gestellt.
453 Die Übernahme von Kosten der Unterkunft für SGB II und XII Bezieher*innen haben wir an die
454 steigenden Mieten und Energiekosten angepasst. Zehntausende Mieter*innen können so wieder
455 ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben.

456
457 Und um Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf 13 Euro
458 angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende festgelegt. In all
459 diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

460
461 Unsere Antwort auf Putins Angriff auf die Ukraine und die Demokratie lautet: Mehr
462 Solidarität. Unsere Solidarität ist dabei krisenfest und unverbrüchlich. Allen Versuchen,
463 unterschiedliche von Armut betroffene Gruppen gegeneinander auszuspielen, erteilen wir eine
464 klare Absage.

465
466 **Energiearmut nachhaltig bekämpfen**
467
468 Jährlich bekommen 191.000 Berliner*innen eine Sperrandrohung für nicht bezahlte Strom- oder
469 Gasrechnungen. 14.000 Berliner*innen wurde im letzten Jahr die Energiezufuhr für den
470 Haushalt unterbrochen. Durch die steigenden Energiepreise droht sich diese Zahl weiter zu
471 erhöhen. Gleichsam betroffen sind auch soziale Träger, die ebenfalls unter den hohen
472 Energiekosten leiden. Auf der Bundesebene sorgen wir mit der Strom- und Gaspreisbremse für
473 spürbare Entlastungen, in Berlin schaffen wir mit dem Härtefallfonds sowie den Ausbau
474 frühzeitiger präventiver Hilfen Instrumente, um Energiearmut zu verhindern. Wir wollen eine
475 behördliche Genehmigungspflicht für Energiesperren einführen und setzen uns hierzu auf
476 Bundesebene dafür ein. Außerdem sollen bei Personen, bei denen eine Energiesperre zu einem
477 erheblichen sozialen Härtefall führen würde, nicht mehr vollzogen werden dürfen. Ebenso
478 setzen wir uns auf der Bundesebene dafür ein, dass Energieversorger für soziale
479 Organisationen eigene Energietarife einrichten müssen. Schließlich wollen wir das
480 Landesprogramm „Stromsparmcheck“ mittelfristig in ein eigenes Landesprogramm überführen und
481 die Energiesparhelfer*innen fest anstellen und hierzu ein eigenes Berufsbild entwickeln.
482 Energieeinsparungen bleiben das beste Mittel gleichzeitig Geld zu sparen und die Umwelt zu
483 schützen. Die Berliner*innen wollen wir durch gute Beratungsangebote dabei bestmöglich
484 unterstützen.

485
486 **Familien- und Kinderarmut bekämpfen**
487

488 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns nicht nur

489 um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind.
490 Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, finanziell oder durch strukturelle
491 Diskriminierung benachteiligt sind.

492
493 Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von kostenfreier Kita- und
494 Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulessen in der Grundschule oder dem kostenfreien ÖPNV-
495 Ticket für Schüler*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und bedrohte
496 Familien. Um diesen Familien nachhaltig zu helfen, arbeitet unsere Bundesfamilienministerin
497 Lisa Paus an weiteren Entlastungen auf Bundesebene. Die ungerechte Dreiklassenförderung von
498 Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir mit einer Kindergrundsicherung
499 völlig neu und gerecht gestalten.

500
501 Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen Lebenslagen zu
502 erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der „Landeskommission
503 zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des
504 Familienbeirates oder dem Zusammenschluss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege
505 (LIGA) sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es an die Umsetzung. Wir wollen einen
506 zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen, von den Tafeln über die
507 Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk soll so leistungsstark
508 werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist, da ein abgestimmtes
509 Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt nachträgliches Ausbügeln ist das Ziel.
510 Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum haben wir in den vergangenen Jahren
511 begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell abzusichern. Die Stadtteilmütter sind
512 raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in den Bezirken
513 gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon um die Geburt eines
514 Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Babylots*innen auf alle Geburtsstationen in
515 Berlin auszuweiten und die psychosoziale Unterstützung zu verstärken. Diesen Weg wollen wir
516 fortsetzen.

517
518 Familien in schwierigen Situationen wie Alleinerziehende und einkommenschwächere Familien
519 brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in den vergangenen
520 Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke eingesetzt. Dies wollen wir
521 nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die Sozialarbeiter*innen vor Ort sollen die
522 Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit zu
523 finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu
524 gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros, die wir
525 etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen, sondern die
526 Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und
527 unbürokratisch beraten können.

528
529 In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine besonders
530 intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein Elternteil arbeitet,
531 getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als 200 Personen
532 in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen Bezirken
533 wiederholen wollen.

534
535 Daneben wollen wir die soziale Teilhabe der von Armut betroffenen Berliner Familien
536 verbessern. Dazu werden wir den Kreis der Berlinpass-Berechtigten ausweiten. Den Familien
537 stehen mit dem Berlinpass zahlreiche Vergünstigungen bei über 360 Einrichtungen zur
538 Verfügung. Jedoch ist die Suche nach gewünschten Angeboten zu unübersichtlich, erfordert das
539 Recherchieren auf vielen Webseiten und kostet je nach Einrichtung unterschiedlich viel Geld.

540 Um hier einen besseren Überblick für Berlinpass-Inhaber*innen zu schaffen wollen wir eine
541 digitale Lösung einrichten, die aktuelle Angebote auflistet, sodass gezielt und
542 benutzerfreundlich nach Einrichtungen für unterschiedliche Bedarfe gesucht werden kann.
543 Außerdem wollen wir weitere Vergünstigungen für armutsbetroffene Familien und schlagen
544 analog zum kostenlosen Museumssonntag kostenfreie Tage für weitere Angebote vor.

545
546 Auch Altersarmut muss mit zielgenauen Angeboten verringert werden. Wir wollen
547 niedrigschwellige Beratungsangebote ausbauen, damit mehr Senior*innen die ihnen zustehenden
548 Sozialleistungen ohne Scham und Stigmatisierung in Anspruch nehmen. Dazu wollen wir die
549 Sozialberatung in den Stadtteilzentren und in den Senior*innenfreizeitstätten weiter
550 ausbauen sowie das Programm „Berliner Hausbesuche“ verstetigen und auf alle Berliner Bezirke
551 ausweiten.

552
553 Die steigenden Pflegekosten treiben zusätzlich viele Berliner*innen in Altersarmut. Seit
554 September 2022 müssen Menschen, die ambulant pflegebedürftig sind, einen höheren Eigenanteil
555 bezahlen. Der höhere Eigenanteil in der ambulanten Pflege ist von älteren Menschen mit
556 geringem Alterseinkommen kaum noch zu bezahlen, sodass diese bzw. ihre Angehörigen in die
557 Armut durch die Pflegekosten rutschen. Leistungen der Pflegeversicherung müssen dynamisiert
558 werden; abhängig von der Dauer der Pflege setzen wir uns auf Bundesebene für einen sinkenden
559 Eigenanteil sowie ein Pflegegeld für pflegende Angehörige ein.

560
561 Die Zahl überschuldeter Berliner*innen wird angesichts der Inflation wieder ansteigen. Wir
562 setzen uns für einen Ausbau der bezirklichen Schuldnerberatungen ein. Um Überschuldung
563 nachhaltig zu verringern, braucht es mehr Prävention. Hierzu wollen wir gemeinsam mit der
564 Landesarbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatungen geeignete Angebote etablieren.

565
566 Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren

567
568 Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen so zu
569 ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren gehen. Es
570 liegt an der Politik, Sozialämtern, Jobcentern und Gesundheitsämtern und den dort
571 Beschäftigten die Werkzeuge und Arbeitsbedingungen an die Hand zu geben, Betroffenen
572 passgenau zu helfen. Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung,
573 Schuldner- und Suchtberatung oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand
574 gehen, innovative Ansätze aus einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen
575 werden. Auch Altersarmut braucht Beachtung und zielgenaue Angebote. Die Rädchen müssen vor
576 Ort ineinandergreifen. Damit Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie benötigen.
577 Dafür müssen die besten Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für die
578 ganze Stadt werden. In den Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden
579 Einzelfall gearbeitet. In Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In
580 Mitte war ein Projekt zur Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In
581 Neukölln haben wir ein Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und Wege
582 aus der Krise zu zeigen.

583
584 Orientierung am Sozialraum der Menschen

585
586 Die Arbeit der Ämter und der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen in
587 ihrem Lebensumfeld organisieren – nicht entlang bürokratischer und finanzieller Logiken.
588 Denn niedrigschwellige und umfassende Unterstützung und Mitbestimmung dort, wo man lebt,
589 baut Hürden für alle Berliner*innen ab. In diesem Sinne bedeutet Sozialraumorientierung das
590 konsequente Umsteuern auf Prävention. Jugendhilfe funktioniert dort besonders gut, wo

591 sozialraumorientiert und damit präventiv gearbeitet wird. Andernorts explodieren die
592 Fallkosten. Die Strukturen für unbegleitete minderjährige Geflüchtete wollen wir weiter
593 ausbauen und auch bei geringeren Zugangszahlen halten. Diese jungen Menschen brauchen gute
594 stationäre Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, möglichst ehrenamtliche Vormünder,
595 schulische und berufliche Perspektiven von Anfang an und eine adäquate psychosoziale
596 Versorgung, damit sie hier ankommen können. Wir werden uns für eine Verbesserung der
597 Personalsituation in der stationären Kinder- und Jugendhilfe einsetzen, um den dort
598 betreuten Kindern und Jugendlichen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. Über das
599 Familienfördergesetz wollen wir Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien,
600 Senior*innen und Einzelpersonen aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen „Frühe
601 Hilfen“, die Stadtteilmütter, Jugendeinrichtungen, Schulen, Sportvereine, die Jobcenter oder
602 die Schuldnerberatung eng miteinander kooperieren. Die sogenannten „67er-Hilfen“ in der
603 Sozialhilfe, also Leistungen zur Überwindung von sozialen Schwierigkeiten, wollen wir in den
604 Bezirken einheitlich anwenden.

605
606 Wir wollen in den bestehenden lebensweltlich orientierten Räumen für alle Bereiche
607 datenbasiert genau die Angebote schaffen, die benötigt werden, um die Sozialeinrichtungen,
608 die Ämter und deren Angebote zu vernetzen und passgenau aufzustellen. Dazu wollen wir die
609 Fachstruktur der Sozialraumorientierung in den Bezirken vereinheitlichen und mit einer
610 Lenkung auf Senatsebene flankieren. Die Qualitätssicherung soll systematisiert und in ganz
611 Berlin strukturiert werden, um Flexibilität und hohe Qualität zu verbinden.

612
613 **Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen**

614
615 Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armuts-, Sozial- und
616 Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes Berichtswesen zu einer
617 Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die
618 Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung und vieles
619 mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und zusammenführen.
620 So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren und in die
621 politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage von
622 Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar 2020 war ein
623 wichtiger Schritt. Wir setzen uns für ihre Fortsetzung ein, um Angebote noch gezielter
624 ausbauen zu können. Dafür wollen wir stark mit Betroffenen-Organisationen und Trägern
625 zusammenarbeiten.

626
627 **Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis zum Jahre 2030 überwinden**

628
629 Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit führt und genauso
630 erfordert es ein Bündel an Maßnahmen, das aus der Obdachlosigkeit heraus führt. Um die
631 nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen, braucht es einen geschützten
632 Raum, ein Dach über dem Kopf. Wir machen uns das Ziel des Europäischen Parlaments zu eigen,
633 die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden. Ein zentraler Baustein auf diesem Weg ist für uns
634 der „Housing First“ Ansatz. Obdachlose Menschen werden direkt in Wohnungen mit dauerhaftem
635 Mietvertrag vermittelt und auf ihrem weiteren Weg begleitet. Dieser Ansatz stellt einen
636 Paradigmenwechsel zum bisherigen paternalistischen Betreuungsangebot dar. Das sehr
637 erfolgreiche Modellprojekt haben wir weiter ausgebaut und wollen es nun verstetigen.
638 Gleichzeitig wollen wir die wichtigen Unterstützungsangebote nach §67 SGB XII mit den
639 Erfahrungen des Housing First weiterentwickeln, in ihren Leistungstypen flexibilisieren und
640 in den Bezirken vereinheitlichen. Wir machen uns auch stark für die Sicherung und Schaffung
641 neuer Krisenhäuser. Sozialen Trägern und kleinen gemeinwohlorientierten Projekten, die für

642 die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll es möglich sein, Bürgschaften auch über
643 die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte Generalmietermodell der Degewo mit
644 sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle landeseigenen Wohnungsunternehmen
645 etablieren wollen. Wir setzen uns für ausreichend Wohnungen bei landeseigenen
646 Wohnungsunternehmen ein, werden sie deutlich ausbauen und wollen auch private
647 Eigentümer*innen in die Pflicht nehmen, Housing-First-Plätze durch mehr Wohnungen im
648 geschützten Marktsegment zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders verletzte
649 Gruppen wie Frauen, LGBTIQ*, Sexarbeiter*innen, Menschen mit erschwertem Zugang zu eigenem
650 Wohnraum, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt.

651
652 Besonders kompliziert ist die Unterstützung von Menschen, wenn sie keine Ansprüche auf
653 Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Leistungsausschlüsse für
654 Unionsbürger*innen abzuschaffen. In Berlin werden wir auch Angebote für Menschen vorhalten,
655 die keinen oder einen ungeklärten Sozialleistungsanspruch haben.

656
657 Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in den
658 vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600 Plätze
659 ganzjährig zur Verfügung stehen. Daneben brauchen wir eine neue Unterkunft für wohnungslose
660 Familien, da die Zahl obdachloser Familien in Berlin zunimmt. In der kalten Jahreszeit
661 sollen im Rahmen der Kältehilfe deutlich über 1.000 ganztägige Plätze vorgehalten werden,
662 von denen ein Anteil für besonders schutzbedürftige Menschen reserviert wird. Die Sicherheit
663 in den Unterkünften muss gewährleistet sein. Mit der Schaffung barrierefreier Notunterkünfte
664 reagieren wir auf die große Zahl obdachloser Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und
665 haben hierzu ein neues Modellprojekt für rollstuhlfahrende Obdachlose im Haushalt verankert.
666 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Plätze stets Beratungsangeboten vorhalten: Jede
667 Übernachtung in einer Notunterkunft soll eine Chance auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit
668 bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen. Außerdem sollen weitere Angebote geschaffen werden,
669 die es Sucht- als auch psychisch Erkrankten ermöglichen, diese Angebote auch anzunehmen. Wir
670 wollen keine gewaltsame Räumungen von Obdachlosencamps und ermöglichen mit dem Konzept
671 „Safe
672 Places“ auch in Berlin Schutzräume. Wir setzen uns dafür ein, dass das Fahren ohne
673 Fahrschein keine Straftat mehr darstellt und Bußgelder somit nicht zu Ersatzstrafen führen
674 können. Obdachlose Menschen verbringen einen großen Teil ihrer Zeit im öffentlichen Raum.
675 Wir wollen, dass sie dort im Winter wie auch im Sommer Schutz finden und beispielsweise
676 durch Trinkwasserbrunnen mit kostenlosem Wasser versorgt werden. Dazu wollen wir das
677 Modellprojekt „Hitzeschutz für Obdachlose“ aus Tempelhof-Schöneberg auf die ganze Stadt
678 ausweiten im Rahmen der Weiterentwicklung der Kältehilfe.

679 Ein neues Landesamt für Unterbringung

680
681 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
682 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
683 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
684 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
685 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Die letzten
686 Monate haben wir uns erneut hart vor Augen geführt, wie wichtig eine gut organisierte
687 Unterbringung zur Vermeidung von Obdachlosigkeit ist. Unser Dank gilt daher auch allen
688 Mitarbeiter*innen des LAF. Diese Einsatzbereitschaft und Kompetenz wollen wir für alle
689 Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem neuen „Landesamt für
690 Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine schnelle, dezentrale
691 Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene darauf hin, dass

692 geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden in Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.
693 Zudem werden wir prüfen, wie geflüchteten Menschen unbürokratisch ein
694 Wohnberechtigungsschein ausgestellt werden kann. Mit der geplanten Gesamtstädtischen
695 Steuerung der Unterbringung (GStU) schaffen wir auch für die Unterbringung nach dem
696 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) einheitliche Standards und stellen damit
697 die Qualität von Unterbringung und Beratung sicher.

698 2.3 Gesundheit ganzheitlich denken

699 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge – hiervon sind wir seit jeher
700 überzeugt. Während der Corona-Pandemie ist die Bedeutung dieses Grundsatzes mit besonderer
701 Wucht zu Tage getreten. Dabei heißt Vorsorge zu treffen oftmals auch in gute Strukturen zu
702 investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf
703 dabei nicht der Profitmaximierung untergeordnet werden, sondern muss sich am Wohl der
704 Menschen orientieren. Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder um
705 individuelles Gesundheitsverhalten. Es geht auch um gesunde Lebensbedingungen, um
706 körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

707 Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner*innen getan. Gerade in der Corona-
708 Pandemie war dies eine Herausforderung. Die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zum
709 Infektionsschutz – wie das Gebot zum Maskentragen und die zeitweise Einschränkung des
710 öffentlichen Lebens – war für die akute Bekämpfung der Pandemie erforderlich und hat
711 wichtige Erkenntnisse für eine womöglich nächste epidemische Lage geliefert. Zugleich kommt
712 es gerade in einer solchen Ausnahmesituation auch auf die Bereitstellung einer ausreichend
713 verfügbaren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsinfrastruktur an. Wir haben daher
714 Kapazitäten aufgestockt, Personal in den Gesundheitsämtern aufgebaut und als Notfallreserve
715 ein Corona-Behandlungszentrum geschaffen. Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben
716 wir aber weit vor der Pandemie begonnen. Die Investitionen in die Krankenhäuser haben wir
717 auf den Bundesschnitt angehoben und werden unseren Beitrag sukzessive weiter erhöhen.
718 Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass Babylots*innen auf allen Geburtsstationen der
719 Berliner Krankenhäuser Eltern beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen
720 im Krankenhaus besser und gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf
721 regionale, saisonale und nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine.
722 Die Qualität des Essens in den Krankenhäusern sollte mehr Beachtung finden und eine
723 individuelle Ernährungsberatung bei Bedarf als nachhaltiges Instrument ergänzend etabliert
724 werden. Hierfür werden wir gezielt mit der Kantine Zukunft zusammenarbeiten und als weiteres
725 Ziel wollen wir auch in der ambulanten und stationären Pflege die Essensversorgung
726 verbessern. Wir haben erreicht, dass alle Berliner*innen Zugang zur gesundheitlichen
727 Versorgung erhalten. Wir unterstützen Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu
728 versichern. Durch unseren Einsatz können sich endlich auch Menschen ohne gültigen
729 Aufenthaltstitel mit einem anonymen Krankenschein behandeln lassen. Damit ist Berlin das
730 einzige Bundesland, in dem der Zugang zur hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich
731 ist. Wir haben die Finanzierung der Clearing-Stelle durch das Land Berlin gesichert und den
732 Fonds, der die Behandlung von nicht versicherten Menschen ermöglicht, ausbauen. Der neue und
733 bislang einzigartige Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter einem Dach niedrigschwellig
734 Beratung, Prävention (unter anderem HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund um die sexuelle
735 Gesundheit, insbesondere zu HIV/Aids. Wir kämpfen für ein inklusives Gesundheitssystem, das
736 allen Menschen barriere- und diskriminierungsfrei zugänglich ist. Insbesondere vulnerable
737 Gruppen, darunter Menschen mit Behinderung oder trans Menschen, müssen einen besseren Zugang
738 zur umfassenden und bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung bekommen.

739 Den Öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen

740 Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist der
741 Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), in den über Jahrzehnte zu wenig investiert wurde. In
742 der Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt. Den Pakt
743 zur Stärkung des ÖGD werden wir nutzen und die Mittel dafür einsetzen, Personal und
744 Ausstattung zu verbessern. So werden wir Schritte in Richtung Mustergesundheitsamt gehen.
745 Wir werden die Berufsgruppe der Pflege bei Entscheidungen mehr einbeziehen und auch in
746 Krisenstäben mit an den Tisch holen. Wir brauchen einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit
747 den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte
748 Vernetzung voranzutreiben. Wir wollen alle Berufsgruppen, die im ÖGD arbeiten, attraktiver
749 machen und setzen uns deshalb unter anderem dafür ein, dass Famulaturen im Medizinstudium
750 sowie das Praktische Jahr auch in den Gesundheitsämtern absolviert werden können. Der ÖGD
751 soll die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln und sich stärker
752 forschungsorientiert auszurichten. Dabei fördern wir systematisch eine interdisziplinäre
753 Herangehensweise, bei der auch Berufsgruppen wie Gesundheitswissenschaftler*innen/Public-
754 Health-Absolvent*innen, Epidemiolog*innen oder Pflegewissenschaftler*innen in den ÖGD
755 einbezogen werden. Mit neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen
756 Aufgaben zu erledigen. Um vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen,
757 dass der ÖGD die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und im Rahmen seiner
758 Aufgabenwahrnehmung verstärkt diversitätssensible Konzepte und professionelle Sprachmittlung
759 anwendet. Auch das Gesundheitssystem wird seine Verantwortung in der Klimakrise übernehmen.
760 Die landeseigenen Krankenhäuser haben bereits Schritte zur Verringerung des Verbrauchs an
761 Energie und anderen Ressourcen unternommen, brauchen aber unsere weitere Unterstützung, um
762 ihren ökologischen Fußabdruck rascher zu verkleinern. Neben baulichen Veränderungen geht es
763 hier unter anderem auch um fossilfreie Wärme- und Kältesysteme, Gebäude-Wärme-Sanierung,
764 aber auch klimaschädliche Verbrauchsmaterialien wie bestimmte Narkosegase oder
765 klimaschädliche Treibgase in Inhalationsaerosolen.

766 Die Corona-Pandemie hat uns die Gefahr von Infektionskrankheiten nochmal vor Augen geführt.
767 Wir wollen deshalb den Berliner Pandemieplan überarbeiten, mehr Vorsorge treffen und durch
768 verbesserte Erinnerungssysteme die Impfquoten bei bekannten Infektionskrankheiten erhöhen.

769 Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur investieren

770 Therapeut*innen und Ärzt*innen, Pflegepersonal, Psycholog*innen, die Mitarbeiter*innen im
771 Öffentlichen Gesundheitsdienst, Apotheker*innen, PTA oder PKA – es gibt viele Berufsgruppen,
772 die für gute gesundheitliche Versorgung wichtig sind. Viele davon sind Mangelberufe und ihre
773 Ausbildung muss unterstützt und gefördert werden. Wir wollen die noch nicht organisierten
774 Gesundheits- und Pflegeberufe bei ihren jeweiligen Professionalisierungsprozessen
775 unterstützen, wenn möglich und gewollt auch in Berufskammern. Damit auch zukünftig genügend
776 Nachwuchs in diesen Berufen zur Verfügung steht, werden wir die Arbeitsbedingungen
777 verbessern, zum Beispiel mit festen Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden.
778 Auch hier stehen wir für eine 35-Stunden-Woche ein. Auch die Ausbildung muss attraktiver
779 werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und Studiengänge auch in Teilzeit zu
780 absolvieren. Auch im Gesundheitswesen kommt es immer wieder zu diskriminierenden Vorfällen
781 und sexualisierten Übergriffen. Deswegen wollen wir Anlaufstellen für betroffene
782 Patient*innen und Personal ausbauen und medizinische Einrichtungen dabei unterstützen,
783 verbindliche Strategien gegen strukturelle Diskriminierungen, Sexismus und für eine
784 diversitätssensible Gesundheitsversorgung zu entwickeln.

785 Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt hoher
786 Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um den Status
787 quo zu halten und eine Verlagerung auf die Betriebskosten zu vermeiden, sondern auch, um
788 Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung voranzubringen.

789 Finanziellen Druck zur Ausgründung von Tochterfirmen ohne Tarifbindung gilt es zu vermeiden.
790 Bei der Krankenhausplanung legen wir einen Fokus auf Versorgungsqualität und aufeinander
791 abgestimmte Strukturen, auch sektorenübergreifend. Nicht zuletzt in der Notfallversorgung
792 fördern wir eine enge Zusammenarbeit von Rettungsdienst, kassenärztlichem
793 Bereitschaftsdienst und Notaufnahmen der Krankenhäuser.

794 Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen

795 In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen – aber viel zu
796 selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen
797 zusammengebracht und gleichzeitig die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen und ihre
798 spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez
799 macht es anders: Hier arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit
800 den Menschen im Kiez für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein.
801 Behandlungen erfolgen disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die
802 Bedürfnisse der Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das
803 Projekt regelmäßiger Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKo mehr integrierte,
804 lokale, interprofessionelle und mehrsprachige Gesundheitszentren schaffen.

805 Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken – Prävention ein Leben lang

806 Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der psychischen
807 Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, die Bildungschancen und die soziale Lage eine
808 wesentliche Rolle. Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen
809 Politikfeldern zu verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der WHO, denn
810 Gesundheit entsteht weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort,
811 wo Menschen leben, arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und wo sie ihre Freizeit
812 verbringen. Daher ist Klimaschutz auch Gesundheitsschutz – denn Luftverschmutzung und Lärm
813 machen krank. Mit der Verkehrswende schützen wir die Gesundheit derer, die bisher an lauten
814 und stickigen Straßen leben müssen. Durch sichere Fuß- und Radwege lässt sich körperliche
815 Bewegung gut in den Alltag integrieren. Mehr Grünflächen im öffentlichen Raum erleichtern
816 sportliche Aktivitäten im Kiez. Der einfachere Zugang zu regionalen Bio-Lebensmitteln stellt
817 eine Grundlage für eine gesunde Ernährung und somit für den Klimaschutz dar. Wir wollen
818 daher künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre Auswirkungen auf die
819 Gesundheit prüfen. Gesundheit ist eine wichtige Ressource, die gepflegt werden möchte. Aus
820 diesem Grund sehen wir die Förderung von Gesundheit und die Prävention von Erkrankungen in
821 Berlin als wichtige Bausteine einer nachhaltigen Gesundheitspolitik für alle Bürger*innen,
822 egal in welcher Lebensphase oder welchem Lebensalter. Die Möglichkeiten, die das
823 Präventionsgesetz bietet, sollen sich auch am Sozialraum unter Mitsprache der Expert*innen
824 vor Ort – im Kiez, in den Bezirken und dem Land – orientieren und dort wo notwendig durch
825 weitere Maßnahmen flankiert werden.

826 HIV/Aids besiegen

827 Berlin hat das Ziel der Vereinten Nationen übernommen, bis 2030 die Zahl der HIV-
828 Neuinfektionen auf null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen in der
829 Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen. Unser Ziel
830 für die kommenden Jahre lautet „95-95-95-0“:

831 Mindestens 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen von ihrer Infektion wissen, mindestens 95
832 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und mindestens 95 Prozent der Behandelten „unter
833 der Nachweisgrenze“ sein und 0 Prozent sollen aufgrund ihrer Infektion Diskriminierung
834 erfahren. Um das zu erreichen, wollen wir die Beratungs- und Versorgungsstrukturen weiter
835 verstärken, die bestehenden Präventionsangebote und -kampagnen zielgruppenorientiert

836 ausbauen, allen Berliner*innen unabhängig vom Geldbeutel Zugang zu Tests und Versorgung
837 ermöglichen und Aufklärungskampagnen durchführen.

838 Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für alle

839 Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten. Hebammen und
840 Geburtshelfer*innen begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Menschen sowohl während
841 der Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen. Dass
842 Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett betreuen kann, ist
843 ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen aber allen weiterhin eine selbstbestimmte und sichere
844 Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb vereinbart, die
845 Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, es auch in ein Studium an der Charité und
846 der Evangelischen Hochschule zu überführen, Hebammen mit Service-Parkausweisen im Alltag zu
847 unterstützen und mit einer digitalen Plattform die Suche nach Hebammen zu erleichtern.
848 Zusätzlich haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen
849 für Hebammen verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene
850 setzen wir uns dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge
851 übernommen werden und es dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern
852 gibt.

853 Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen, wollen wir
854 die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie allen – egal, ob sie
855 alleinstehend oder verpartnert sind – von der Krankenkasse finanziert wird. Dies sollte um
856 entsprechende Beratungsangebote insbesondere für Regenbogenfamilien erweitert werden.

857 Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können. Der
858 kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln, insbesondere für Jugendliche und Heranwachsende,
859 soll daher durch das Land Berlin ausgebaut werden, beispielsweise in Form von freien
860 Ausgaben bei Beratungsstellen und Gesundheitsämtern. Beratung im Fall von
861 Schwangerschaftskonflikten muss niedrigschwellig und mehrsprachig zugänglich sein.
862 Informationen, wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, müssen vom Land Berlin auf
863 verschiedenen Plattformen leicht erreichbar und verständlich zur Verfügung gestellt werden.
864 Die medizinische Versorgung zum Abbruch von unerwünschten Schwangerschaften ist zukünftig
865 gefährdet. Sie muss zumindest von den landeseigenen Kliniken personell und strukturell
866 gewährleistet werden. Das sogenannte Werbeverbot im Paragraphen 219 a StGB haben wir auf
867 Bundesebene bereits abgeschafft. Nun kämpfen wir auf Bundesebene weiter für die
868 Legalisierung von und Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche und die Abschaffung des
869 Paragraphen 218 StGB, damit Ärzt*innen ohne Restriktionen über die verschiedenen Methoden
870 des Abbruchs informieren können und diese Teil der medizinischen Ausbildung und
871 Kassenleistung werden. Wir wollen, dass in Berlin mehr Forschung zu
872 Schwangerschaftsabbrüchen stattfindet. Bereits in der Schule müssen Jugendliche über diese
873 Thematik aufgeklärt werden.

874 Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss

875 Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung: Wir
876 wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen
877 können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr
878 in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vor dem
879 Auftreten von schweren Erkrankungen eine gute Aufklärung über Vorsorgevollmachten und
880 Patientenverfügungen stattfindet. Sind diese Dokumente nicht vorhanden, sind die Angehörigen
881 von schwer Erkrankten häufig nicht in der Lage, entsprechend dem mutmaßlichen Willen der
882 Betroffenen Aussagen zu Behandlungswünschen zu treffen. Gültige Vorsorgevollmachten und
883 Patientenverfügungen stellen sicher, dass die Wünsche von Betroffenen, insbesondere am

884 Lebensende, geachtet werden. Sie erleichtern außerdem dem medizinischen Personal die Arbeit.
885 Deshalb wollen wir die Aufklärungsstrukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine
886 Beratungsstelle für Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung
887 im Hospiz oder zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aufgrund
888 reformbedürftiger Anreize aus gesundheitsökonomischer Sicht oft unattraktiver als die
889 medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische Maßnahmen, die von den
890 Betroffenen häufig als quälend empfunden werden. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus-
891 und weiterzubilden, dass für sie die Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und
892 lebensverlängernde Maßnahmen nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

893 Mit seinem Grundsatz-Urteil vom 26. Februar 2020 hat das Bundesverfassungsgericht
894 klargestellt, dass auch beim Suizid in jeder Lebenslage eines Menschen die Selbstbestimmung
895 umfassend gilt. Der damalige Paragraph 217 StGB, der die Beihilfe kriminalisierte, wurde
896 deshalb für nichtig erklärt. Nun gilt: Menschen, die eine Entscheidung über das eigene
897 Lebensende treffen möchten, haben also einen Anspruch auf qualifizierte Aufklärung und
898 Beratung, auch zu lebensorientierten Alternativen zum Suizid. Wir wollen in Berlin ein
899 entsprechendes Modellprojekt mit ergebnisoffenen und einfühlsamen Gesprächsangeboten auf den
900 Weg bringen.

901 Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote

902 Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich auch das psychische Wohlbefinden. Durch
903 unsere Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen
904 positiven Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken. Darüber
905 hinaus wollen wir – unter anderem im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote
906 schaffen und ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen
907 besser zu bewältigen.

908 Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur Behandlung und
909 Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander vernetzte
910 Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Dialog und Peer-Ansätze sowie den
911 Abbau von Zwang. Auch hochstrukturierte Bereiche der psychiatrischen Versorgung wie zum
912 Beispiel das Krankenhaus des Maßregelvollzugs wollen wir als integralen und wichtigen
913 Bestandteil des psychiatrischen Versorgungsnetzwerks weiterentwickeln. In der Versorgung
914 gilt für uns die Maxime: ambulant vor teilstationär vor stationär. Unser Plan ist,
915 innovative Finanzierungs- und Steuerungsmodelle sowie neue Angebotsformen zu fördern. In den
916 Sozialpsychiatrischen und Kinder- und Jugendpsychiatrischen Diensten wollen wir mehr
917 aufsuchende Beratungs-, Begleitungs- und Vernetzungsangebote für schwer psychisch
918 beeinträchtigte Menschen mit und ohne Obdach anbieten. Dafür braucht es auch mehr personelle
919 Ressourcen. Wir haben darüber hinaus das Angebot an psychosozialer Unterstützung für
920 Geflüchtete bedarfsgerecht und mehrsprachig ausgebaut sowohl in den Geflüchteten-
921 Unterkünften als auch bei den aufsuchenden psychosozialen Fachkräften als Teil der Angebote
922 des Psychiatrieentwicklungsprogramms. Das Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich
923 weiterentwickeln und einen datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

924 Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote zur
925 Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen Unterstützung und
926 Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen. Unter diesem
927 Dach werden Prävention, Intervention und Nachsorge bei sexualisierter Gewalt regelhafter
928 Bestandteil der psychosozialen Gesundheitsversorgung und eine konsequente Anschlussfähigkeit
929 an bereits bestehende Netzwerke in Berlin ist sichergestellt.

930 3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege stark

931 Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen Alters
932 selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie kommen, wie
933 dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir die richtigen
934 Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre
935 Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und
936 Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im
937 Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns
938 ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterschluss mit Pflegebedürftigen,
939 Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

940 Im Kiez verortet

941 Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so lange wie
942 möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im Kiez teilhaben
943 können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte
944 ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus
945 fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven,
946 generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene
947 Community hinaus zusammenbringen.

948 Einsamkeit vorbeugen

949 Immer mehr ältere Menschen leiden unter Einsamkeit. Dies trifft sehr häufig Pflegebedürftige
950 und Kranke, aber auch Menschen, die in ihrem bisherigen Leben von Ausgrenzung und
951 Diskriminierung betroffen waren. Menschen mit mobilitätsbedingten Einschränkungen und
952 ausgeprägten Sinnesbehinderungen können oft ohne Unterstützung nicht mehr die eigene Wohnung
953 verlassen. Sehr oft fehlen ihnen anregende zwischenmenschliche Kontakte. Die
954 Kontaktlosigkeit geht mit dem Verlust mentaler Fähigkeiten, eingeschränkten
955 Sprachkompetenzen und schlechterer körperlicher Gesundheit einher. Präventiv können hier
956 Angebote sozialer Aktivitäten wirken. Mit der Förderung von Hilfs- und Kontaktangeboten, wie
957 dem „Silbernetz gegen Einsamkeit im Alter“ und freiwilligen Besuchsdiensten wollen wir der
958 Einsamkeit im Alter entgegenwirken. Hierfür haben wir auch präventive Hausbesuche
959 eingeführt. Auch die Kompetenz zur Nutzung von digitalen Medien trägt dazu bei, den Kontakt
960 zu anderen aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wer die Vielfalt der Nutzung der digitalen
961 Angebote kennen lernen will, benötigt Unterstützung durch vertrauensvolle Stellen und es
962 muss die Zuversicht vermittelt werden, auftretende Probleme nach und nach eigenständig lösen
963 zu können. Wir brauchen eine Bildungsoffensive zur digitalen Teilhabe, die auch
964 Altersgruppen jenseits des 75. Lebensjahres einschließt. Deshalb fordern wir kostenlose
965 WLAN-Anschlüsse in Pflegeheimen, Pflege-Wohngemeinschaften und Freizeiteinrichtungen für
966 ältere Menschen. Dort sollen auch Tablets und Smartphones als Leihgeräte zur Verfügung
967 stehen.

968 Vielfalt der Pflege- und Wohnformen

969 Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter, diversitäts- und
970 diskriminierungssensibler Pflege- und Wohnformen an und wollen alternative Wohn- und
971 Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große Heimeinrichtungen abgelöst werden, wir
972 fördern kleine, an Quartiere angebundene und vernetzte Versorgungseinrichtungen. Sie bieten
973 quartiersnahe, sozialintegrative und inklusive Beratung, Pflege und Betreuung älterer
974 Menschen. Um eine gute Qualität sicherstellen und kontrollieren zu können, haben wir das
975 Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Wir streben weiter das Ziel an, dass die Heimaufsicht
976 personell angemessen und qualifiziert besetzt ist. Wir wollen die Bewohnerbeiräte von
977 Pflegeheimen und Pflege-Wohngemeinschaften stärken und ihnen kostenlose Fortbildungen
978 anbieten. Besonders wichtig war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und

979 Wohngemeinschaften an den jeweiligen Sozialraum. Wir werden die vorhandenen
980 Beschwerdestrukturen optimieren und die Einrichtung einer Beschwerdestelle im Bereich Pflege
981 prüfen.

982 Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf
983 beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die ihr Angebot
984 in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes und
985 barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und
986 gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen
987 Pflegeeinrichtungen.

988 Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine
989 Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene Strukturen und
990 weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes Wissen über die
991 Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng eingebunden werden.
992 Die Bezirke erhalten den Auftrag, gemeinsam mit den Netzwerken vor Ort regelmäßig eine
993 kontinuierliche Planung zur Weiterentwicklung von Versorgungsangeboten und der lokalen
994 Pflegeinfrastruktur vorzulegen. Die abgestimmte Bedarfsplanung ist Grundlage für die
995 Landesförderung zur Weiterentwicklung der Infrastruktur für ein selbstbestimmtes Altern. Für
996 uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Lebensentwürfe und -realitäten der Berliner*innen
997 abbilden muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade
998 in einer Einwanderungsgesellschaft gilt es, Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei
999 Einstellungen auf Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in
1000 Pflege- und Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der
1001 interkulturellen Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen
1002 – diesen Weg wollen wir weitergehen. Hierzu leisten die Interkulturellen Brückenbauer*innen
1003 in der Pflege einen wesentlichen Beitrag, den es auszubauen und um die diversitätskritische
1004 Hospiz- und Palliativversorgung in Berlin auszuweiten gilt.

1005 Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen

1006 Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. In der Haus- und Familienpflege sowie
1007 bei Berufen der Altenpflege sind das zu über 80 Prozent Frauen. Pflegekräfte sind
1008 systemrelevant, das spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend auf dem Gehaltszettel und in
1009 den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege
1010 wurden in den letzten Jahren bereits Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der
1011 Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf
1012 gute Pflege angewiesen. Ein wichtiger Schritt ist eine gerechte, auskömmliche Bezahlung, die
1013 im Job selbstverständlich sein muss und schon in der Ausbildung, wie bei Pflegepraktika,
1014 Famulaturen, bei Praktika im Pflegestudium und für Ärzt*innen im praktischen Jahr erfolgen
1015 muss. Wir wollen auch die Akademisierung der Pflege- und Therapieberufe voranbringen und
1016 mehr Studienangebote im Bereich der Gesundheitsberufe schaffen. Eine Pflegekammer, wenn sie
1017 mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir.

1018 Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote,
1019 gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu
1020 melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte. Eine Pflegekammer kann dafür
1021 einen Beitrag leisten, wenn sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden unterstützt wird.
1022 Wir fordern mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und berufsbegleitende Ausbildungen. Auch
1023 die Ausbildung zur Pflegeassistenz muss vergütet werden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz
1024 wollen wir auf Bundesebene regeln und bis dahin schon in Berlin besser, generalistisch und
1025 über einen längeren Zeitraum ausbilden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz ist bereits
1026 gestartet. Im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob

1027 innerhalb oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der
1028 ambulanten Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende
1029 Menschen möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte
1030 arbeiten nicht mehr in ihrem Beruf – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen und einer
1031 besseren Entlohnung von Beschäftigten in der ambulanten Pflege wollen wir sie
1032 zurückgewinnen. Die bereits erfolgte Umsetzung der Tarifbindung ist hierfür ein wichtiger
1033 Schritt.

1034 Pflegende Angehörige besserstellen

1035 Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege. Rund 200.000
1036 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir wollen sie
1037 stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So haben wir ihr
1038 Recht auf Mitsprache ausgebaut. Diesen Weg werden wir weiter gehen und sie besser
1039 informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung zur Entlastung von
1040 pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen soll ausgebaut und verstetigt werden.
1041 Besonders Kinder und Jugendliche als pflegende Angehörige müssen dabei in Zukunft noch mehr
1042 bedacht werden. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung wird durch einen Beirat bestehend
1043 aus Selbstvertretungsgruppen Pflegenden Angehöriger und den Kontaktstellen
1044 „PflegeEngagement“ beraten. Als Berliner Landesregierung haben wir bereits eine
1045 Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet, eine
1046 Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden wir weiter Druck machen.

1047 2.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen mit Behinderung

1048 Menschen mit Lernschwierigkeiten oder Beeinträchtigung werden von der Gesellschaft
1049 eingeschränkt, weil sie nicht als Norm gelten. Diesen Einschränkungen wollen wir
1050 entgegenwirken und die Berliner Stadtgesellschaft inklusiver gestalten. Wir wollen eine
1051 Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne körperliche, psychische oder kognitive
1052 Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen.
1053 In Berlin leben rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50, das
1054 ist fast jede zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für
1055 noch viel mehr Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen,
1056 auf barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es
1057 zentral, dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

1058 Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft. Wir
1059 Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an. Gleichzeitig arbeiten
1060 wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken wird am Aufbau
1061 sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit Behinderung künftig
1062 Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Für den
1063 Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020 zusätzlich
1064 zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim barrierefreien Umbau
1065 der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn. Unser
1066 Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir investieren
1067 jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen. Die Einführung des
1068 barrierefreien Rufbusses Muva ist hier ein wichtiger Schritt.

1069 „Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung

1070 In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen wir gezielt
1071 vorantreiben. Wir wollen in den „Häusern der Teilhabe“ multiprofessionelle Teams
1072 zusammenbringen, um die Beratung so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für
1073 einheitlich hohe Standards der Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen

1074 Land und Bezirken entwickeln und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also
1075 ein neues Label und die Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht
1076 zulassen. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch
1077 das „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den
1078 Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in allen „Häusern
1079 der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs-
1080 und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtskreisen
1081 erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung stehen.

1082 Für Inklusion in allen Lebensbereichen

1083 Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die Prämisse:
1084 Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die sogenannten Werkstätten so weiterentwickeln,
1085 dass sie nicht zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten
1086 Arbeitsmarkt dienen. Perspektivisch sollen Werkstätten überflüssig werden. Unternehmen mit
1087 mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens auf 5 Prozent der
1088 Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch immer zahlen aber zu
1089 viele Arbeitgeber*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um das zu ändern, werden
1090 wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter*innen mit Behinderung stärker fördern und
1091 Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an diese, mindestens aber an „Inklusionsbetriebe“
1092 vergeben.

1093 Wir streben eine Erhöhung der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs für Menschen
1094 mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen an. Wir unterstützen und fördern solche
1095 Projekte, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine
1096 Zukunftsperspektive zu finden.

1097 Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe und
1098 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir schnellstmöglich
1099 abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der barrierefreien Taxis im
1100 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen. Bei der
1101 Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen machen wir Inklusion
1102 immer mehr zu einer Bedingung.

1103 Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für ältere
1104 Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten Wohnraumes
1105 barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen wir die
1106 Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass die Vorgaben
1107 zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir entsprechende Quoten
1108 zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

1109 Unser Ziel ist inklusive Bildung in einer inklusiven Gesellschaft – in Schule, Berufsschule
1110 und Hochschule. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert
1111 dieses Ziel. Nach und nach wollen wir unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder
1112 gemeinsam an Regelschulen lernen. Die Mitarbeiter*innen der Förderschulen brauchen wir an
1113 den Regelschulen zur individuellen Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin. Des
1114 Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass das Konzept der Schulgesundheitspflege umgesetzt
1115 wird, um so die Gesundheit der Kinder zu verbessern.

1116 Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen Begegnungsräumen
1117 werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins werden wir
1118 weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen. In der
1119 queeren Community sind wir mit einem Fördertopf für Barrierefreiheit vorangegangen. Diesen
1120 werden wir fortsetzen, um auch für LSBTIQ* mit Beeinträchtigungen die Teilhabe an queerer

1121 Infrastruktur zu sichern. In Zusammenarbeit mit der Clubkommission wollen wir zudem gezielt
1122 eine barrierefreie Clubkultur in Berlin fördern.

1123 Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung der EU-
1124 Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin einen
1125 wichtigen Schritt getan. Das gilt zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und
1126 Bezirksämter. Bei der Neukonzeption von www.berlin.de muss die digitale Barrierefreiheit
1127 schon in der Planung umfassend mitgedacht werden.

1128 Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist eine inklusive
1129 Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

1130 2.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, Unterstützung und Selbstbestimmtheit

1131 Drogen sind Teil der Gesellschaft und der Substanzgebrauch ist weit verbreitet. Die Debatte
1132 zum Umgang damit wird jedoch irrational geführt und ist von Verbotsdogmen und Tabus geprägt.
1133 Wir Bündnisgrüne stehen für eine Neuausrichtung: Wir wollen einen vernünftigen,
1134 evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch Prävention und
1135 Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz überhaupt erst möglich macht, Abhängigen
1136 unkompliziert Hilfe zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

1137 Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden

1138 Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. 127.000 Menschen sterben jährlich an den
1139 Folgen des Rauchens. Diesen Tatsachen müssen wir besonders Rechnung tragen, indem wir uns
1140 das Ziel setzen, den Konsum von Tabak und verwandten Produkten zu reduzieren, und wollen
1141 deshalb das Senatsprogramm „Berlin qualmfrei“ weiterentwickeln. Am gefährlichsten für
1142 Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig.
1143 Tatsächlich ist die Unterscheidung zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen
1144 Drogen auf der anderen Seite nicht sinnvoll, wurde fachlich willkürlich getroffen und beruht
1145 bis heute auf zum Teil rassistischen Motiven. Wir Bündnisgrüne stehen für eine
1146 Drogenpolitik, die auf Fakten statt auf ideologischen Debatten basiert. Sie ist vom Leitbild
1147 geprägt, gesundheitliche Schäden zu mindern und die Konsument*innen zu befähigen, aufgeklärt
1148 und selbstbestimmt zu konsumieren, ohne dabei Dritte zu gefährden. Statt willkürlicher
1149 Kriterien wäre eine Regulierung nach tatsächlichem Gefährdungs- und Suchtpotential ein
1150 wichtiger Schritt – hier ist die Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied
1151 macht, wie Drogen konsumiert werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant und
1152 in kriminalisierten, ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen Erkenntnissen
1153 orientieren. Ideologische Debatten lehnen wir ab.

1154 In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene

1155 In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir haben ein
1156 Werbeverbot für Tabak und Alkohol immerhin auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit einem
1157 Pilotprojekt zum Drug-Checking in Clubs haben wir einen Weg eingeschlagen, der Menschen vor
1158 gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume wurden in den Bezirken geplant
1159 und geschaffen. Dort sind neben risikoarmem Konsum vor allem Aufklärung, Beratung und
1160 Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis haben wir
1161 abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und auf
1162 Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind grundlegende Reformen auf Bundesebene.
1163 Gemeinsam mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem
1164 „Cannabiskontrollgesetz“ ein sehr konkreter Weg zur regulierten Abgabe entwickelt, den wir
1165 auch weiter vorantreiben werden, sowie die Forschung auf dem Gebiet der psychoaktiven
1166 Substanzen.

1167 Aufklärung und Prävention ausbauen

1168 In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten Drogenpolitik
1169 festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen. Der Jugend- und
1170 Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher*innen und damit der Verbraucherschutz
1171 haben dabei für uns höchste Priorität. Für Jugendliche und junge Erwachsene fördern wir
1172 präventive Angebote durch verbindliche Kooperationsstrukturen von Schule, Jugend- und
1173 Suchthilfe. Dabei nehmen wir nicht nur substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern
1174 werden auch Programme der Prävention vor nicht substanzgebundenen Süchten, beispielsweise
1175 von Glücksspiel- oder Computerspielen, weiter ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol
1176 wollen wir in einem nächsten Schritt auf allen Werbeflächen in Berlin verbieten. Den
1177 Nichtraucherschutz wollen wir konsequent umsetzen, Kellner*innen und Barkeeper*innen
1178 schützen wir damit und halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen mit
1179 Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucher kneipen wollen wir Lizenzen vergeben, um hier
1180 mehr Klarheit für Betreiber*innen und Gäste zu schaffen.

1181 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und werden mit
1182 voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe diese
1183 Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren
1184 Spritzenentsorgung, mit häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen sowie mit
1185 gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen haben auf
1186 Spielplätzen nichts verloren. Bei der Lösung dieser Probleme beziehen wir die Betroffenen im
1187 Sinne partizipativer Handlungsansätze aktiv mit ein.

1188 Beratung und Selbsthilfe stärken

1189 Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie Drogenkonsumräume. Neben
1190 dem Ausbau von Drogenhilfeprogrammen wollen wir auch die bestehenden Strukturen verstetigen
1191 und die Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen und Ebenen vernetzen. So schützen wir
1192 Konsument*innen am besten. Unser Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzentauschprogramme in
1193 allen Bezirken Berlins. Die Öffnungszeiten von bestehenden Drogenkonsumräumen sollen
1194 ausgeweitet werden und Schutzräume für Frauen, inter, nichtbinäre und trans Personen
1195 geschaffen werden. Mit einer stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen
1196 erreichen, die drogenabhängig und dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die
1197 Beratung aber nicht alleine schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so
1198 dass es sich zur anerkannten Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert
1199 mit Angeboten zur Beratung und Hilfe zum Ausstieg aus dem riskanten Drogenkonsum. Für eine
1200 bessere Erreichbarkeit wollen wir mehr mobile Drug-Checking-Teams auf den Weg bringen. Die
1201 Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist dabei
1202 für uns, dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-Substitution
1203 und die Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und
1204 medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung sichergestellt sind.

1205 Illegalen Markt austrocknen

1206 Um den illegalen Markt auszutrocknen, arbeiten wir in einem nächsten Schritt weiter daran,
1207 Cannabis zu legalisieren. Bis auf der Bundesebene die Reformen zu einer progressiven
1208 Drogenpolitik umgesetzt sind, tun wir auf Landesebene alles, damit Konsumierende nicht
1209 kriminalisiert werden. Die nicht verfolgbare geringe Menge von Cannabis zum Eigenbedarf
1210 wollen wir anheben und auch für andere illegale psychoaktive Substanzen entsprechende
1211 geringe Mengen festlegen, die strafverfolgungsfrei bleiben. Damit entlasten wir Polizei und
1212 Justiz massiv. Frei gewordene Kapazitäten wollen wir soweit möglich für die Bekämpfung der
1213 organisierten Kriminalität einsetzen, die maßgeblich durch den internationalen Drogenhandel
1214 begünstigt wird. Auch den Parks, die durch Dealertätigkeiten geprägt sind, wollen wir wieder

1215 zu mehr Ruhe und Sauberkeit verhelfen und auch die Lebensqualität der Anwohner*innen
1216 verbessern.

1217 Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik

1218 Weltweit sorgen der Anbau und Handel von Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Anhand
1219 kaum eines anderen Politikfelds sind die weltweiten Auswirkungen und Zusammenhänge mit
1220 unseren politischen Entscheidungen so sichtbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu
1221 beenden, arbeiten wir daran, dem internationalen Drogenhandel seine finanziellen Wurzeln zu
1222 entziehen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von Entkriminalisierung und
1223 Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen und diese Konflikte nicht auf
1224 dem Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

1225 2.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die Hauptstadt des Sportes

1226 Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft, tragen maßgeblich zum
1227 körperlichen und psychischen Wohlbefinden bei. Sport ist integraler Bestandteil des sozialen
1228 und kulturellen Lebens und ebenso vielfältig. Wir wollen allen Berliner*innen ermöglichen
1229 sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem Alter, egal ob organisiert und regelmäßig oder
1230 nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll alle Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere
1231 Vision für die Hauptstadt des Sportes, dass Sport und Bewegung selbstverständlich in allen
1232 Bereichen mitgedacht wird: sei es das Laufen im Park, eine Runde Tischtennis im Hof,
1233 Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder Kicken auf dem Supermarkt-Dach. Dafür denken wir
1234 Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung mit. Sport verbindet auch über Grenzen hinweg.
1235 Berlin profitiert von Sportgroßveranstaltungen, wenn sie ökologisch, ökonomisch und sozial
1236 nachhaltig sind und Bürger*innenbeteiligung und Transparenz über Kosten von der Bewerbung
1237 bis zur Durchführung und Nachnutzung sichergestellt werden.

1238 Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine

1239 Viele Berliner*innen sind in Sportvereinen ehrenamtlich aktiv. Sie übernehmen vielfältige
1240 gesellschaftliche Aufgaben und sind unverzichtbar. Sie unterstützen das soziale und
1241 sportliche Miteinander im Breiten-, Freizeit- und Leistungssport als Trainer*innen,
1242 Schiedsrichter*innen oder im Vorstand. Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz,
1243 sondern auch bei der Bezahlung von Trainer*innen und Übungsleiter*innen. Deswegen haben wir
1244 die Finanzierung der Trainer*innen und Übungsleiter*innen verbessert. Uns ist wichtig, ihre
1245 Leistung anzuerkennen und dafür Sorge zu tragen, dass kostenlose Fortbildungs- und
1246 Seminarangebote, auch im Bereich des Kinderschutzes, zur Verfügung stehen. Dies ist ein
1247 wichtiger Bestandteil, um zu gewährleisten, dass Sportvereine sichere Orte für Kinder und
1248 Jugendliche, frei von jeglichen Formen physischer, psychischer sowie sexualisierter Gewalt,
1249 sind. Deshalb halten wir den Erwerb des Kinderschutzesiegels für Vereine für notwendig.

1250 Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen

1251 Gleichzeitig machen immer mehr Berliner*innen alleine oder in sich frei organisierenden
1252 Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport
1253 gleichstellen und allen Bürger*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen. Deswegen werden
1254 wir das Sportfördergesetz und die Sportanlagen-Nutzungsvorschriften so anpassen, dass die
1255 Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird. Auch der
1256 neu gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive Friedrich-
1257 Ludwig-Jahn-Sportpark in Pankow sowie der Sport- und Bewegungspark Tegel sollen Vorzeige-
1258 Projekte für das Nebeneinander von institutionalisiertem und frei organisiertem Sport
1259 werden. Hierfür wollen wir den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie
1260 an einem historischen Ort in einer Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine
1261 inklusive Sportstätte für alle Menschen entstehen kann.

1262 Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu ermöglichen, haben wir
1263 das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken kostenlose
1264 Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als 100
1265 Aktivitäten ist für jede*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir auch in den
1266 kommenden Jahren weiterführen. Unabhängig davon, ob es als Medienphänomen oder als Sportart
1267 gesehen wird: E-Sport wird zum Bestandteil des Alltags vieler Berliner*innen. Wir wollen
1268 seine Entwicklung mit Gamer*innen, Eltern und Pädagog*innen gemeinsam gestalten und einen
1269 souveränen Umgang unterstützen. Dabei fördern wir insbesondere ehrenamtliches Engagement,
1270 Diversität und Geschlechtergerechtigkeit im E-Sport und setzen uns für einen nachhaltigen E-
1271 Sport-Standort ein.

1272 Sportanlagen inklusiv und ökologisch

1273 Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in Berlin in
1274 schlechtem Zustand. Mit dem Sportstättenanierungsprogramm haben wir begonnen, Sportstätten
1275 wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen wird die
1276 Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen nach hohen
1277 ökologischen Standards mit transparenter Bürger*innenbeteiligung erfolgen müssen. Die
1278 Klimakrise erfordert, dass wir in allen Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben
1279 wir in den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

1280 Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei werden.
1281 Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle Berliner*innen in die
1282 Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur Gesellschaft der
1283 Vielen, die allen Menschen, auch in einer älter werdenden Gesellschaft, ein selbstbestimmtes
1284 Leben ermöglicht. Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal
1285 welche körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht,
1286 welches Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle
1287 Orientierung und sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller
1288 Berliner*innen muss sich auch in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände
1289 widerspiegeln.

1290 Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht ist es
1291 geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten Flächen
1292 versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von beispielsweise Schulen
1293 umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit geöffnet
1294 werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

1295 Bäder für die Berliner*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für die
1296 Gesundheit

1297 Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass immer wieder
1298 Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Wir wollen deshalb den
1299 Schulschwimmunterricht qualifizieren, indem wir die erfolgreichen „Schulschwimmzentren“ auf
1300 ganz Berlin ausweiten. Zudem wollen wir die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe
1301 verlängern, damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich
1302 die Nutzung der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob
1303 Kooperationsverträge mit anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios,
1304 abgeschlossen werden können, um die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

1305 Wir bauen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen um, das
1306 sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert. Die Preisstruktur soll transparent
1307 sein und allen Berliner*innen die Nutzung der Schwimmbäder ermöglichen. Wir stellen viel
1308 Geld für die Sanierung der Bäder bereit, aber wie bei den Sportstätten ist auch bei den

1309 Bädern ein langer Atem nötig, bis alle Bäder wieder in Schuss sind. Bei Um- und Neubauten
1310 achten wir darauf, dass sie barrierefrei und ökologisch sind.

1311 Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1312 1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware

1313 Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen wir
1314 Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent
1315 Gemeinwohl“ sollen mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte
1316 Hände kommen. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu können, treffen wir die notwendige
1317 finanzielle Vorsorge für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Mit gemeinwohlorientierten
1318 Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
1319 Kooperationsvereinbarung abschließen. Dabei gilt es auch, nötige Flächen in Erdgeschoss
1320 und gewerblichen Gebäuden zu sichern für Gemeinbedarfsflächen, Nachbarschaftstreffs,
1321 Stadtteil- und Familienzentren, Kleingewerbe und Kultur.

1322 2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden

1323 180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die
1324 Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen Leistungen sind so
1325 unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das
1326 Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf
1327 und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld,
1328 Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e
1329 Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und
1330 verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen
1331 zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

1332 3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause

1333 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
1334 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
1335 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
1336 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
1337 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
1338 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
1339 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine
1340 schnelle, dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene
1341 darauf hin, dass geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden, in
1342 Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.

1343 4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern

1344 Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf angewiesen.
1345 Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich anstrengende Arbeit,
1346 Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass viele
1347 ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen ausgestiegene
1348 Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern,
1349 dass auch eine Vollzeittätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und Mitsprache
1350 bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger Arbeitszeiten. Auch
1351 in vielen Care-Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Auch hier wollen wir
1352 faire Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen – dazu zählt
1353 eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen bei den Ärzt*innen im
1354 Praktikum bis hin zu den Pflegekräften.

1355 5. Bezirkliche Gesundheitsämter aufwerten – bessere Personalausstattung

1356 Den Pakt zur Stärkung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) nutzen wir und setzen uns
1357 für mehr Personal und bessere Ausstattung ein. Dies flankieren wir mit einer
1358 Qualifizierungsoffensive und der Etablierung systematischer und berufsbegleitender
1359 Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Mit bezahlter Freistellung und Kostenübernahmen
1360 wollen wir die Public-Health-Expertise im ÖGD weiter ausbauen. Dazu gehören die
1361 Weiterbildung zu Fachärzt*innen für den ÖGD genauso wie Abschlüsse in Public Health,
1362 Epidemiologie oder Health Professions Education. Dazu streben wir Kooperationen mit den
1363 Berliner Hochschulen an.